

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Fernsprecher Amt Cäthol Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

## Ausdehnung und Bewährung der Frauenberufsarbeit.

**Vorbemerkung.** Auch in städtischen und staatlichen Betrieben hat die Frauenberufsarbeit infolge der Masseneinziehung zum Heer gewaltige Dimensionen angenommen. Viele Kollegen sind geneigt, darin eine drohende Verschlechterung ihrer eigenen Arbeitsverhältnisse zu erblicken, weil nach ihrer Ueberzeugung auch nach dem Kriege eine völlige Wiederherstellung des früheren Zustandes unwahrscheinlich ist und weil zum andern die Lohnunterbietung später noch stärker wie jetzt ein Anreiz für viele Unternehmungen — auch städtische und staatliche — sein dürfte, die billigere weibliche Arbeitskraft eher zu bevorzugen. Es kann aber weder Aufgabe noch Absicht eines freien Gewerkschafters sein, dem weiblichen Teil der Arbeiterklasse, der doch unsere eigenen Schwestern, Töchter und Frauen umfaßt, Erschwernisse in ihrer wirtschaftlichen Existenz zu bereiten. Was wir jedoch kategorisch fordern müssen, ist einmal ausgiebiger Arbeiterschutz, der die besonderen körperlichen Veranlagungen der Frauen berücksichtigt, weiterhin sozialer Schutz, soweit die Frauen als Mütter und in der Familie in Frage kommen, und endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Das letztere wird freilich nicht anders zu erreichen sein, als durch stärkere Beteiligung der Arbeiterinnen an der gewerkschaftlichen Organisation. Hier muß der Hebel mit ganzer Kraft angelegt werden, sonst werden alle Hoffnungen auf Ueberwindung der vielen Schattenseiten der Frauenbeschäftigung zu schanden.

Wir haben bereits in zahlreichen Artikeln den mannigfaltigen Problemen nachgespürt, die sich aus der stetig anwachsenden Frauenberufsarbeit ergeben. Heute unterbreiten wir den Lesern eine sehr bemerkenswerte Artikelreihe von Dr. Max Quard aus den „Sozialistischen Monatsheften“. Kann man über einzelne Schlussfolgerungen des Verfassers, die freilich nur angedeutet sind, verschiedener Meinung sein, die Fülle des zusammengetragenen Materials wie auch die sachliche Beleuchtung geben einen guten Einblick in die Schwierigkeiten der objektiven Beurteilung auf diesem Gebiet. Wir empfehlen darum unseren Lesern eindringliches Studium der nachfolgenden Ausführungen.

Die Redaktion.

### I.

#### 1. Der Krieg und die Frauenarbeit.

Man weiß, daß die Entwicklung der Frauenberufsarbeit eine wesentliche Eigentümlichkeit unseres Maschinen- und arbeitsteiligen Zeitalters ist und längst vor dem Krieg begonnen hat. Indessen vollzog sich auch vor dem Krieg schon diese Hereinziehung der Frauen in das Getriebe der modernen Wirtschaft durchaus nicht glatt und reibungslos. Sie begann vor einem Jahrhundert mit einer ungebenerhoben und geradezu stürmischen Ausnutzung der machsbühten weiblichen Arbeitskraft in Heimarbeit und Industrie. Für die Kinderjahre des englischen Kapitalismus hat Mary eine

lebendige Schilderung der Greuel geliefert, unter denen sich die Ausnutzung weiblicher Arbeitskräfte namentlich in der britischen Textilindustrie vollzog. Für die Zeit des Aufblühens der niederrheinischen Industrie während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mag man die düsteren Seiten des industriellen Frauenelends bei Alfons Thun in seinem Buch „Die Industrie am Niederrhein“ (1879) nachlesen. Unter dem wachsenden Einfluß der Arbeiterorganisationen und durch die zunehmende Einsicht der staatlichen Beamtenenschaft und des sozial gerichteten Teils des Unternehmertums ging man allmählich an, die Frauenarbeit durch Schutzgesetze und Tarifvereinbarungen gesundheitlich und lohnpolitisch zu regeln. Dagegen datiert das Eindringen der Frau in gelehrte Berufe, Angestelltentätigkeit und höhere geistige Arbeit erst von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dazu mußten die fortschreitende Auflösung der Hauswirtschaft und die wachsende Schwierigkeit der Eheschließung erst die Vorbedingungen schaffen. Nun begann der große Kampf der bürgerlichen Frauenbewegung um die Oeffnung der höheren und geistigen Berufe für das weibliche Geschlecht. Er ist heute noch nicht abgeschlossen. Aus dieser Lage der Dinge erklärt es sich, daß die bei Beginn des Krieges durch die Einberufungen der Männer veranlaßte Nachfrage nach Frauenarbeit in der Industrie und in den höher qualifizierten Berufen verchiedenen auftrat und verschieden wirkte. Die Vermehrung der industriellen Handarbeit der Frauen ging beinahe automatisch, ohne spürbaren Auf vor sich. Daher die soziale Unbefähigkeit, mit der man sie anah. Man fragte wenig nach den Bedingungen und Wirkungen einer plötzlich so stark ausgedehnten Frauenbeteiligung in der Industriearbeit. Das Vorrücken weiblicher Kräfte in Stellungen, die nicht nur einfache oder arbeitsteilige Maschinennarbeit, sondern eine gewisse Kraft und Selbständigkeit der Betätigung verlangen, namentlich in öffentlichen Dienstleistungen, erreagte dagegen größere allgemeine Aufmerksamkeit. Bei der unterschätzten Schar der Fabrikarbeiterinnen kümmerte man sich wenig um die hygienischen und sozialen Folgeerscheinungen der durch den Krieg unvermeidlich gewordenen Mehrung und Autenjiwierung der Arbeit. Bei den höher qualifizierten Berufen machte man sich dagegen übertriebene Vorstellungen einer schädigenden Wirkung auf die Frau, man begriff hier gar nicht die Möglichkeit einer Verwendung; ganz im alten Stil. Sicher ist nur das eine: daß die Frauen, die der Krieg zur Arbeit rief, ob sie nun einfache Arbeiterinnen oder hochgebildete Beamtinnen waren, sich mit der ganzen, den Frauen eigenen Energie der Kriegsarbeit aller Grade widmeten und geradezu glänzend den Teil bekräftigten, daß einem Volk mit außerordentlichen Anforderungen außerordentliche Kräfte wachsen.

Unter solchen Umständen brachte der Weltkrieg eine Ausweitung und Vertiefung der Frauenarbeit zur treibhaus-

mäßigen Reife, wie sie noch wenige Wochen vor der Kriegserklärung niemand voraussah und für möglich gehalten hätte. Die Behandlung der neuen Frauenerwerbsarbeit durch die öffentlichen Gewalten und durch die gewerblichen Organisationen wie die öffentliche Meinung ist entsprechend ausgefallen: oberflächlich, unsystematisch, zum Teil ohne Verständnis für die große kulturelle Tragweite der sich anbahnenden Tatsachen. Es ist heute noch schwer, sich in dem Chaos zurechtzufinden. Der Versuch muß aber gemacht werden und wird hoffentlich von allen Seiten fortgesetzt.

## 2. Heußerer Umfang der neuen Frauenarbeit.

Es ist sehr schwierig das Wachstum der deutschen Frauenarbeit im Krieg genau festzustellen, weil auch hier der Organisationsgedanke völlig versagt hat. Reich, Staat und Arbeiterorganisationen entschuldigen sich damit, daß sie geeignete Vorkehrungen zur Registrierung des Zuwachses an arbeitenden Frauen wegen der Kriegsverhältnisse, insbesondere wegen Mangels an geschulten männlichen Arbeitskräften nicht hätten treffen können. Der Einwand ist meines Erachtens schon deshalb hinfällig, weil es nicht an geschulten weiblichen Arbeitskräften für diese Zwecke fehlt. Man brauchte nur den organisatorischen Rahmen für ihre Betätigung (Reichskommission für Arbeiterstatistik, regelmäßige obligatorische Zählungen und Spezialstudien für einzelne Berufe) zu benutzen und zu verbessern, wozu es auch jetzt noch nicht zu spät wäre.

Inzwischen ist man in der Hauptsache auf die Krankenkassenangelegenheiten angewiesen. Das „Reichsarbeitsblatt“ hat im September 1916 diese Ziffern für unseren Zweck auszunutzen versucht. Danach stieg vom 1. Juni 1914 bis zum 1. Juni 1916 die Gesamtzahl der weiblichen Pflichtmitglieder von 3 715 718 bei 6 118 Krankenkassen auf 4 215 156 bei 6 640 Kassen. Das heißt, der Anteil der weiblichen Pflichtmitglieder vermehrte sich in dieser Zeit von 31,1 auf 46,6 Proz. Seht man die Zahl der weiblichen Pflichtmitglieder am 1. Juni 1914 mit 100 an, so stieg ihr Anteil an der Arbeit auf 113,4. Man sieht schon hier, bei aller handgreiflichen Unvollkommenheit der benutzten Nachweise, daß die übertreibenden Schilderungen von der Zunahme der Frauenarbeit im Krieg in diesen Ziffern keine Bestätigung finden. Für die Gesamtheit der Krankenversicherten Arbeiterschaft wird die Vermehrung der weiblichen Beschäftigten auf  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{3}{4}$  Millionen Köpfe geschätzt. Natürlich verschob sich infolge der immer wiederholten Mannschaffteinberufungen das Verhältnis der arbeitenden Frauen zur Zahl der männlichen Beschäftigten fortwährend. Am 1. Juni 1914 standen 7 086 779 männliche Versicherte gegen die oben erwähnten 3 715 718 weiblichen. Am gleichen Tage des Jahres 1916 hatte sich das Verhältnis so stark geändert, daß nur noch 4,8 Millionen Männer 4,2 Millionen Frauen gegenüberstanden. Immerhin besagen auch diese Zahlen noch, daß etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten Männer waren. Zwar nähert sich die Zahl der mitarbeitenden Frauen der Gesamtzahl der Männer; sie hat sie aber: ich nach dieser Quelle trotz der starken Verminderung der männlichen Beschäftigten durchaus noch nicht erreicht.

Dabei ist jedoch folgendes stark zu beachten: Die gewerbliche Beschäftigung überhaupt hat durch den Krieg, wie man sieht, einen solchen Rückgang erfahren, daß in den Krankenkassen rund 2 Millionen Arbeitskräfte weniger versichert sind. Demgegenüber ist das Anwachsen der Frauenziffer sowohl absolut wie relativ beträchtlich und wirtschaftlich beachtenswert. Es kommt hinzu, daß es durchaus nicht sicher ist, ob sich in den angegebenen Ziffern auch nur die ganze Zunahme der Frauenarbeit, zum Beispiel in den Verkehrsberufen, ausdrückt, weil man nicht weiß, ob sämtliche Betriebsklassen dieses Gewerbegebietes sich unter den Berichtenden befinden. In dem Bericht der Staatskommission an das preussische Abgeordnetenhaus vom 28. Februar 1916 über den Etat der Eisenbahnverwaltung für 1916 gibt der Minister der öffent-

lichen Arbeiten die Zahl der dort beschäftigten Frauen allein mit 35 000 an. Neuestens, Ende 1916, hat sich die Zahl nach amtlichen Angaben auf 45 000 erhöht. Diese wurden nicht nur im Osten, sondern auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beschäftigt. Dem sächsischen Landtag teilte die Regierung im Frühjahr 1916 mit, daß etwa 2000 Arbeiterinnen, darunter 740 in dauerndem Arbeitsverhältnis, bei den sächsischen Bahnen beschäftigt seien. Eine Ermittlung des Deutschen Transportarbeiterverbandes über die Dienstverhältnisse bei 70 größeren Straßenbahnbetrieben ergab Anfang November 1915, daß 13 954 Frauen (darunter rund 3000 Ehefrauen), in der Hauptsache als Schaffnerinnen, beschäftigt wurden. In der oben erwähnten halben Million stecken ferner ganz sicher nicht alle im Postdienst, in der staatlichen Steuerverwaltung und bei den städtischen Bureaus verwendeten Frauen, weil sie der Krankenversicherungspflicht nicht immer unterliegen. Als Symptom der mannigfaltigen Verwendbarkeit der Frauen im Gemeindedienst sei nur beispielsweise die Anstellung von 4 weiblichen Polizeibeamten in München-Gradbach erwähnt, wo sie zur Ueberwachung des Lebensmittelverkehrs verwendet werden.

Der Bericht des Direktoriums der Reichsversicherung für Angestellte für 1915 verzeichnet, daß der Anteil des weiblichen Geschlechts am Personalstand ständig steigend war und im ersten Vierteljahr 1915 40,7 Proz., im zweiten Vierteljahr 43,5 Proz., im dritten Vierteljahr 48,7 Proz., im vierten Vierteljahr 52,3 Proz. betrug. Während der acht Beitragsmonate, deren Verbundung in dieser Zeit stattfand, stieg also der Anteil des weiblichen Geschlechts um nicht weniger als 25 Proz. In absoluten Zahlen betrug die Anzahl der Neuanmeldungen veränderter weiblicher Angestellter bei jener Reichsanstalt im November 1914 6245 gegen 8971 männliche, im März 1915 stieg sie auf 10 315 weibliche gegen 11 149 männliche. Im April 1915 sank die Zahl der männlichen auf 9030, die der weiblichen auf 7481 (Estertermin). Aber das Charakteristische ist, daß von September 1915 ab die Zahl der weiblichen Neuanmeldungen die der männlichen ständig überstiegte, so daß im Dezember 1915 zwar 10 160 neue weibliche, aber nur 9199 neue männliche Versicherungsstellen gebucht wurden. Von den während des ganzen Jahres 1915 neugebundenen 218 274 Stellen waren zwar noch 117 043 männlich, aber doch bereits 101 231 weiblich.

In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß im zweiten Kriegswinter, 1915/1916, die deutschen Universitäten von 4820 Studentinnen besucht waren, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 21 Proz. und gegenüber dem Stand von 1910 eine glatte Verdoppelung bedeutet. Ihr Anteil am Gesamtuniversitätsbesuch stieg von 7,4 auf 9,0 Proz. allein zwischen den beiden Kriegswintern. In den Laboratorien der Krankenhäuser haben sicher ähnliche Vermehrungen stattgefunden.

Nur, die Ziffer von  $\frac{3}{4}$  Millionen mehr Frauen in der gewerblichen Arbeit, seit Kriegsbeginn bis heute erschöpft schwerlich die Gesamtzahl der neuen Gehilfinnen in der deutschen Volkswirtschaft, die während der beiden Kriegsjahre eingerückt sind, auch deshalb nicht, weil die ungeheure Summe der Heimarbeit, die für Kriegszwecke geleistet werden mußte, in der Hauptsache auf eine stark vermehrte Anzahl von Frauen fiel.

In der Landwirtschaft ist bekanntlich die Last der Fortführung der Arbeit neben alten Leuten und Kriegsgefangenen fast ausschließlich den Frauen gefallen. Dafür hat die Einstellung einer Reihe von Textilbetrieben und der häuslichen Bedienung zahlreiche Frauen freigelegt. Noch im August 1916 waren im Durchschnitt auf je zwei offene Stellen drei Frauen verfügbar. Sider ist trotz der stürmischen Vermehrung der Frauenberufungsarbeit der weibliche Kräftevorrat bis jetzt noch nicht ausgeschöpft.

### Der Verwaltungsbericht der Tiefbau-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1915.

Am 13. März 1916 ist der Diplomingenieur Otto Wandle, der langjährige Vorsitzende dieser Genossenschaft, gestorben. Der Verstorbenen ist im Laufe der letzten 15 Jahre mit Mühigkeit und Tapferkeit für eine Besserung des Arbeiterschutzes eingetreten. Von seinem Wirken auf diesem Gebiete legen auch die Verwaltungsberichte der Tiefbauberufsgenossenschaft Zeugnis ab, in denen oft mit schonungsloser Offenheit die überaus traurigen Schutzstände bei diesen Betriebsstätten kritisiert wurden. Will man das Tun und Wirken Wandles richtig würdigen, so darf man nicht vergessen, daß bei der Eigenart und Vielseitigkeit der Arbeitsweise dieser Betriebe mit ihren vielen noch rüstkündigen Arbeitern nicht unbeträchtliche offene und versteckte Widerstände zu überwinden sind. An allem, was heute im Tiefbauwesen als Arbeiterschutz angesprochen werden kann, hat Wandle einen hoch zu schätzenden Anteil. Deshalb ehren auch wir sein Andenken.

Nach dem Stande des Betriebsverzeichnisses am 31. Dezember 1915 betrug die Zahl der versicherungspflichtigen Unternehmer 3397 und die Zahl der angeschlossenen Bundesstaaten, Gemeinden und anderer öffentlichen Verbände 1132. Von den Bundesstaaten gehören noch Sachsen-Meiningen, Anhalt, Bremen und die Kanalbehörde Lübeck der Berufsgenossenschaft an. Am Beginn des Jahres 1915 wurden bei insgesamt 21389 angemeldeten Bauarbeiten 573264 Personen beschäftigt, die am Schluß des Jahres auf 28820 Bauarbeiten mit 509915 beschäftigten Personen gestiegen waren. Von den letzteren entfallen annähernd 18000 auf die behördlichen Betriebe. Die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Personen betrug 229656 gegen 320841 im Vorjahre. Bei einer angenommenen Arbeitszeit von 300 Tagen werden 127882 Vollarbeiter in Frage kommen. Die Zahl der einberufenen Mitglieder (Unternehmer) der Berufsgenossenschaft beläuft sich bis jetzt auf etwa 860, von denen, soweit festgestellt, 15 gefallen sind.

Die Verwaltung der Berufsgenossenschaft hat auch im Berichtsjahre unter den Einflüssen des Krieges zu leiden gehabt. Von den rund 150 Angestellten sind über 90 einberufen; 14 von diesen sind bei der Verteidigung des Vaterlandes gefallen.

Zur geistlichen Tätigkeit der Tiefbaubetriebe wird im Bericht unter anderem gesagt: „Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß in dem abgelaufenen Jahre ein weiterer Ausgang in unserem Gewerbe, wie er vielfach bejuchert wurde, nicht eingetreten ist. Die großen Wasser- und Eisenbahnbauten, die bei Ausbruch des Krieges im Ausbau begriffen waren, konnten größtenteils, wenn auch unter erschwerten Umständen, zu Ende geführt werden, und wenn auch der Krieg mancher Tätigkeit ein vorzeitiges Ende bereite, so hat er andererseits doch auch lobnende Arbeit gebracht. Veranlaßt durch die militärischen Transporte bewirkte unser Eisenbahnbau vielfach einer erhöhten Ausnutzungsfähigkeit, die nur durch die Erweiterung von Bahnhöfen und dem oder viereckigen Ausbau mancher Linien erreicht werden konnte. Die Vergrößerung unserer Kriegsmaterial herstellenden Fabriken kam auch den Tiefbauunternehmern zugute. Nicht zu unterschätzen sind endlich die umfangreichen Eisenbahn-, Brücken- und Straßenbauten im besetzten Feindesland. Wenn die Gesamtjahreslohnsumme für das unter und liegende Jahr nur von 230 im Jahre 1914 auf 184 Millionen Mark zurückgegangen ist, so ist dies ein Beweis dafür, daß der Gesamtarbeitsumfang, mit dem wir in das Jahre 1915 eintraten, sich auf seiner Höhe erhalten hat. Seit Beginn des laufenden Jahres mehren sich sogar die Zeichen, daß der Rückgang unseres Gewerbes seinen Tiefstand überschritten hat und langsam einer neuen Welle entgegengeht. Der Krieg hat auch ferner einen großen Einfluß auf die Beschaffung von Arbeitskräften ausgeübt. Mit dem Einziehen des Landsturms begann der Mangel an Arbeitskräften, und dieses Uebel hat sich von Monat zu Monat verschärft. Infolgedessen ergab sich die vermehrte Heranziehung von Ausländern, und zwar sowohl von freien Arbeitern als auch von Kriegsgefangenen; leider nicht mit allzu erfreulichem Ergebnis.“

Zu der Beschäftigung von Kriegsgefangenen gibt der „Nachbau“ in Nr. 18 dieses Jahres eine recht bescheidende Schilderung: „Am anstehlichsten und willigsten“, so heißt es hier, „sollen sich die Franzosen erweisen. Die Polier legen weniger guten Willen an den Tag. Die Engländer sollen wegen ihres äußerst widerwilligen Benehmens und wegen ihrer Anreizung der Gefangenen anderer Nationalität sich oft als geradezu unanwendbar erweisen. Die Russen sind durchweg die schwerfälligen unter den Kriegsgefangenen. So kommt es, daß der Masse eigentlich nur als unge-

lernter Arbeiter verwendet werden kann (?), aber auch hierbei zeigt er sich träge und bedarf einer scharfen Aufficht. Wenn die deutsche Industrie nicht wegen Mangels an Arbeitskräften sich in einer Notlage befände, dann würde man sofort alle russischen Gefangenen in die Lager zurückschicken, namentlich schon deshalb, weil ihre Leistungen den einheimischen Arbeitern gegenüber lange nicht mit den entstehenden Unkosten und der vom Generalkommando verlangten Entlohnung im Einklang steht.“

Wie in dem Bericht weiter dargelegt wird, ist der gewerbliche Erfolg nur durch stärkere Heranziehung von Arbeiterinnen und der jungen, unter 19 Jahre alten Arbeiter zu erreichen gewesen. Vereinzelt wurden auch Kriegsbeschädigte und ebenso auch Leichtverwundete beschäftigt, bei denen bereits Heilung erfolgt war; die letzteren auf ihren Antrag für mehrere Stunden des Tages gegen den üblichen Stundenlohn.

Ein nicht zu unterschätzender Fortschritt im Baugewerbe, und besonders bei Tiefbauten, ist die größere Anwendung von Baumaschinen. Allen ist auf diesem Gebiete die Betonindustrie mit gutem Beispiel vorangegangen. Mit Nachdruck treiben in der technischen Fachpresse die bautechnischen Hochschullehrer die Unternehmer vorwärts, so viel Maschinen, wie diese der Größe der Anforderungen und des Betriebes entspricht, zur Anwendung zu bringen. „Ob der Betrieb mit Dampf- oder Elektrizität (ja unter Umständen bei kleinen Maschinen mit Menschenkraft) durchgeführt werden soll“, schreibt der Professor Deutsch, „hängt von den lokalen Verhältnissen ab. Dort, wo Elektrizität erhältlich ist, kann ich unter Umständen dazu raten, sie sich dienstbar zu machen; man wird dadurch an Platz und Arbeitskräften sparen und kann Ortsveränderungen der Maschinen ohne Schwierigkeiten vornehmen. Die in den Baumaschinen stehenden Werte werden stets wieder mit Gewinn eingebracht werden können, wenn ihre Verwendung sachgemäß erfolgt und dabei richtig abgewogen wird, welche Art und Größe der Maschine für die zu bewältigende Arbeit am besten paßt. Maßstabs sind leicht geeignet, den Wert maschineller Einrichtungen herabzubringen.“ In der Produktion und der Leistungsfähigkeit des Baugewerbes vollzieht sich eine sichtbare Veränderung, durch die die handwerksmäßige Arbeitsweise immer mehr zurückgedrängt wird. Vor einiger Zeit bezeichnete die „Baugewerkszeitung“ den Krieg als höhere Gewalt. Das wird insofern zutreffen, als durch die Macht der aus dem Kriege geborenen Verhältnisse mit manchen Rückschritten aufgeräumt wird. Wenn allen Beteiligten aus den materiellen Erfolgen der Maschinenarbeit ein gerechter Anteil gewährt wird, dann hat auch die Bauarbeiterchaft keine Ursache, diesem Fortschritt entgegenzuwirken.

Die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaft mit der Zweiganstalt betragen für 1915 insgesamt 612364,51 Mk. Davon entfallen auf die Ueberwachung der Betriebe 79060,70 Mk., das sind rund 28000 Mk. weniger als 1914. Für Unfallentschädigungen wurden 4227040,55 Mk. ausgegeben. Wie in den früheren Jahren, so erfolgten auch im Geschäftsjahre die Zahlungen an Rentenempfänger, die ihren Aufenthalt im Auslande hatten, durch die Deutsche Bank. Auf diese Weise gingen durch Anweisungen 214422,07 Mk. nach Italien, 108738,79 Mk. nach Oesterreich und außerdem nach der Schweiz, Kroatien, Bosnien, England, Argentinien und Nordamerika insgesamt 6453,73 Mk. Im Felde befindliche Rentenempfänger sind bis jetzt 1036 ermittelt worden; von diesen sind, soweit festgestellt werden konnte, jetzt 23 gefallen, während sich 9 in der Gefangenschaft befinden.

Im Berichtsjahre sind insgesamt (mit Einschluß der Zweiganstalt) 13144 Unfälle gemeldet worden. Darunter 240 Todesfälle. Ertümtlich entschädigt wurden 1966 Unfälle. Von den 1813 entschädigten Unfällen der Berufsgenossenschaft betrafen männliche Erwerbslose 1763 (2490), weibliche Erwerbslose 41 (20) und männliche Jugendliche unter 16 Jahren 9 (22). Unter den erstmalig Entschädigten befanden sich 69 (188) Oesterreicher, 51 (210) Italiener, 38 (77) Russen, 17 (26) Holländer, 6 (10) Ungarn, 3 (7) Schweizer, 2 (1) Dänen und 1 Türke; also insgesamt 185 (526) Ausländer. Die in Klammern beigefügten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1914. Die Zunahme weiblicher Arbeitskräfte kommt auch in der vermehrten Zahl der Unfälle weiblicher Personen zum Ausdruck.

Die Revisionsstätigkeit der technischen Aufsichtsberechtigten 1915 hat wegen der Einberufung zum Wehrdienst eine beträchtliche Einschränkung erfahren, so daß von den zehn Aufsichtsberechtigten nur sechs eine Revisionsstätigkeit ausüben konnten. Im ganzen wurden 1035 Tage auf Revisionen verwendet, davon 811 auf technische Revisionsrevisionen. Bei den 2996 revisionsbedürftigen Betriebsstätten sind insgesamt 3192 Feststellungen bzw. Revisionen vor sich gegangen, wodurch 958 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvor-

schriften festgestellt werden konnten. Die Größe dieser Aufsichtsbezirke für den einzelnen Aufsichtsbeamten bewegt sich zwischen 105 600 und 38 500 Quadratmeter.

Die Einzelheiten von der Nichterhaltung der Unfallverhütungsvorschriften gewähren ein trübes Bild von der Mächtigkeit des Arbeiterschutzes und von den Unfallursachen. Es ist von Wert, einige Fälle hier wiederzugeben. Es waren keine verantwortlichen, sachverständigen Leiter auf der Baustelle in 3 Fällen, keine Schutzvorrichtungen an Maschinen und gefahrdrohenden Erien in 120 Fällen; es fehlten Leitern in Rohrgräben und Abwägungen unter Spreizen, auf denen Prüfschalen liegen, in 35 Fällen, Schutzgeländer an Gerüsten und Brücken in 12 Fällen, Dienstvorschriften für Messwärter in 26 Fällen, Schuhhüllen an Wasserstandsältern in 41 Fällen; es war zu rügen die Nichtbeachtung vorstehender Regeln usw. in 21 Fällen, Pfeifen und Abspringen von Wagen während der Fahrt in 53 Fällen, zu steile und überhängende Wände in 61 Fällen, Arbeiten am Fuße von Erdbänden, an denen gleichzeitig oben Massen abgelöst werden, in 22 Fällen, Aufeinanderfahren von Wagen in 25 Fällen, ungenügende Ausstattung von Rohrgräben, Fehlen von Saumböhlen in 90 Fällen, kein Sichern von Leitern gegen Ausrutschen in 11 Fällen und Fehlen der Unfallverhütungsvorschriften in 183 Fällen. Wegen Verstoßes gegen die Unfallverhütungsvorschriften war der Vorstand in 41 Fällen genötigt, gegen Unternehmer Geldstrafen in Höhe von 3 Mk. bis 150 Mk. zu verhängen.

Eine grundlegende Bedeutung für den Schutz der Arbeiter wird der Höhe des Lohnes und der Dauer der täglichen Arbeitszeit zuerkannt werden müssen. Niedrige Löhne und die so oft mit vielem Wertgedrösch begründete lange Arbeitszeit oder sogenannte Überstundenarbeit sind die Ursachen der Unterernährung und des sittlich-geistigen Verfalls einer Arbeiterschaft. Es bedarf sicher keiner langen und breiten theoretischen Auseinandersetzung, daß die Hebung der sozialen Lebenslage der Arbeiter in erster Linie von der Zugehörigkeit der Arbeiter zu den gewerkschaftlichen Organisationen und der erst dadurch möglichen praktischen Solidarität abhängig ist. Die Mächtigkeit der Tiefbauarbeiter auf diesem Gebiete kommt auch in diesem Bericht durch den verzeichneten „Durchschnittslohn für einen Vollarbeiter“ zum Ausdruck. Danach betrug dieser Lohn bei den gewerblichen Tiefbauarbeiten im Jahre 1913 1394 Mk., 1914 1397 Mk. und 1915 1477 Mk., bei den kommunalen Betrieben 1913 1163 Mk., 1914 1164 Mk. und 1915 1155 Mk. Wie angesichts der Lebensmittelpreise der letzten Jahre der Bericht bei diesen Durchschnittslöhnen noch von einer „erblicklichen“ Steigerung der Tageslohnfüge schreiben kann, ist schwer zu verstehen. Aber noch weniger zu begreifen ist im Bericht die kurze Begründung zu der Teuerungszulage der Angehörigen bei der Berufsgenossenschaft. Da wird unter anderem gesagt: „Der auf sein Gehalt angewiesene mittlere und kleine Beamte empfindet die Teuerung vielleicht schwerer als jeder andere; kann er doch nicht, wie beispielsweise der Arbeiter, auf eine jederzeit den Verhältnissen anzuwendende Entlohnung seiner Arbeiten rechnen. Auf ein seinen Lebensverhältnissen angepaßtes Gehalt angewiesen, hat er bei einer Teuerung unverhältnismäßig schwer zu kämpfen, um sich und die Seinen durchzubringen und auf der vielleicht schwer erklärten sozialen Höhe zu halten.“ Darüber viele Worte zu verlieren, ist nicht am Platze. Kein fortgeschrittener Arbeiter wird diesen Beamten eine Teuerungszulage vorenthalten wollen. Aber die bei den Tiefbauern angestrengt tätigen Arbeiter können aus dieser eigenartigen Begründung viel lernen, und zwar vor allem, daß sie, wie die Erörterungen lehren, nur allein durch die Macht ihrer Organisation „auf eine den Lebensverhältnissen angepaßte Entlohnung ihrer gewerblichen Arbeit und auf einen nützlichen Gesundheitszustand rechnen können“.

G. Heineke.

### ♦ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung ♦

Wer hat Anspruch auf Reichswohndarlehen? Die Folgen des Krieges, der so viel Leben und Gesundheit vernichtet, haben der Gefährdung Anlaß, die Fürsorge für Mutter und Säugling erheblich auszuweiten. Damit wurde anzufragen, wie wertvoll es im Hinblick auf die Zukunft eines Volkes ist, wenn es eine wohltätige Nationalbank errichtet. Zunächst würde durch drei Bundesstaatenverbindungen den unbemittelten Wöchnerinnen eine „Reichswohndarlehen“ zugeordnet. Dasselbe besteht in:

1. Einem einmaligen Vorschuss zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 25 Mk. Statt dieser Barleistung kann der Wöchnerin aber auch die Geburtshilfe durch Hebammen und Arzt und was dabei sonst von Nutzen ist, unentgeltlich gewährt werden;

2. einem Wöchengeld von mindestens 1 Mk. täglich einschl. der Sonn- und Feiertage auf die Dauer von acht Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen;

3. einer Leibhilfe bis zum Betrage von 10 Mk. für etwa nötige Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden durch Arzt oder Hebamme;

4. einem Stillgeld für Wöchnerinnen, solange sie ihre Neugeborenen stillen, in Höhe von 50 Pf. täglich einschl. der Sonn- und Feiertage bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft.

Diese Fürsorge wird sowohl den ehelichen als auch den unehelichen Wöchnerinnen gewährt. Voraussetzung ist, daß

1. entweder die Wöchnerin selbst Mitglied einer Krankenkasse ist, oder

2. der Vater des Kindes Kriegsdienste leistet und vor seiner Einberufung Mitglied einer Krankenkasse war oder die Wöchnerin „minderbemittelt“ ist.

Ist die Wöchnerin selbst Mitglied einer Krankenkasse, so hat sie die Fürsorge nach den Bestimmungen der Kassenstatut zu erhalten, wenn diese für sie günstiger sind. Das gilt insbesondere vom Wöchengeld, das vielfach höher sein wird als der oben angegebene Mindestsatz, wenn die Wöchnerin einer hohen Beitragsklasse angehört hat. Ist die Wöchnerin nicht selbst Mitglied einer Krankenkasse, so wird die Fürsorge nur gewährt, wenn der Vater des Kindes Kriegsteilnehmer ist oder war und an der Wiederaufnahme seiner Erwerbstätigkeit durch Tod, Krankheit, Verwendung oder Gefangenschaft verhindert ist. Damit ist leider noch ein großer Teil der Wöchnerinnen von der Fürsorge ausgeschlossen, vor allem die nichtversicherten Ehefrauen der „Dabein-gebliebenen“. Der Vater des Kindes muß zur Zeit des Unterernährungsbezugs Kriegsteilnehmer oder Wehrangehöriger sein; würde er zum Beispiel vier Wochen nach der Entbindung aus dem Militärdienst entlassen werden, so hört damit die Fürsorge auf. Umgekehrt beginnt die Fürsorge erst vier Wochen nach der Entbindung, wenn zu diesem Zeitpunkt der Vater des Kindes erst zum Wehrdienst eingezogen wird. In diesem Falle kommt auch die Entschädigung für die Entbindung in Wegfall. Zur Milderung von Härten ist aber bestimmt worden, daß den Wöchnerinnen von Kriegsschicksaligen die Ansprüche zum mindesten für solange zufließen, als der Militärinvalide infolge seiner Verwendung einer Erwerbstätigkeit, die ins Gewicht fällt, nicht nachgehen kann. Die Ehefrauen von Berufs Soldaten und Kapitulantinnen sind nicht ausgeschlossen, wenn die sonstigen Voraussetzungen für die Bewilligung gegeben sind. Der Vater des Kindes muß vor seiner Einberufung unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen oder im Jahre vorher mindestens 26 Wochen, wenn auch bei verschiedenen Stellen, gegen Krankheit versichert gewesen sein. Hat er keine Kasse angehört, so muß die Wöchnerin nachweisen, daß sie zu den „Minderbemittelten“ gehört. Zu diesen ist sie zu rechnen, wenn

1. ihres Mannes und ihr Gesamteinkommen im Jahre vor dem Diensttritt den Betrag von 2500 Mk. nicht übersteigen hat oder

2. das ihr nach dem Diensttritt des Ehemannes verbliebene Gesamteinkommen höchstens 1500 Mk. und für jedes schon vorhandene Kind unter 15 Jahren höchstens weitere 250 Mk. beträgt.

Zu den Voraussetzungen gehört, daß ein wirklicher Geburtsfall vorgelegen hat, der zur Anmeldung bei dem Standesamt verpflichtet. Tugend ist gleichgültig, ob das Kind totgeboren wird oder gleich nach der Geburt stirbt. Unehelichen Minderen verheirateter Wöchnerinnen stehen die Ansprüche solange zu, als der Ehemann nicht die Ehefähigkeit angefordert hat. Bei unehelichen ledigen Wöchnerinnen ist nötig, daß der im Militärdienst sich befindende Vater die Vaterschaft auch wirklich anerkennt, wobei die Unterschrift von dem Kompaniechef beglaubigt sein muß, oder diese gerichtlich festgestellt wird. Das Stillgeld, das nur solange gewährt wird, als die Mütter das Kind wirklich stillt, wird bei Zwillinggeburten doppelt gewährt. Gehört die Wöchnerin selbst oder gehörte der Ehemann einer Krankenkasse (Kreis-, Land-, Betriebs-, Innungs-, knappschaftlichen Krankenkasse oder Ortskasse) an, so ist der Antrag auf die Wohnhilfe bei dieser Kasse zu stellen. Ist die Wöchnerin als Diensthilfe oder als landwirtschaftliche Arbeiterin von der Krankenversicherung befreit gewesen, so ist der Antrag bei dem Arbeitgeber zu stellen, der die gleichen Leistungen gewähren oder vermitteln muß. In dem kleinen Rest der verbleibenden Fälle ist der Antrag beim „Versicherungverband“ (also in größeren Städten beim Magistrat, im übrigen beim Landrat) zu stellen. Die Wöchnerinnenunterstützung und das Stillgeld sollen nicht auf die Versicherungsunterstützung angerechnet werden. Das Neugeborene hat auch nach seiner Geburt Ansprüche auf die übliche Familienunterstützung von Staat und Gemeinde. Es werden hier also beide Unterstützungen nebeneinander gewährt. — Die Reichswohndarlehen ist nach sehr verkehrungsbedürftig, sowohl hinsichtlich ihrer Höhe als auch des Strafes der Wöchnerinnen, die sie erhebt. Bei der Hebung dieser Kriegsfürsorge in einer dauernden Einrichtung, die in erster Linie anzustreben ist, müssen diese Mängel noch beseitigt werden.

# Unser Verband am Schlusse des 27. Kriegsmonats.

(Nach dem Stande vom 1. November 1916.)

Im Monat Oktober zeigt unser Mitgliederstand ein etwas erfreulicheres Bild als im vorigen Monat. Wohl ist die Zahl der Mitglieder nur um 2 auf 26 192 gestiegen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß sich die Zahl der Eingezogenen in der gleichen Berichtsperiode um 174 gesteigert hat (von 27 307 auf 27 481), so daß ein Mitgliederzuwachs von 176 zu verzeichnen ist. Die Mitgliederabnahme, die im Vormonat 1025 betrug, ist demnach im Oktober auf 849 zurückgegangen. Mit 1,6 Proz. ist dies der geringste prozentuale Mitgliederverlust, den wir seit Kriegsbeginn zu verzeichnen haben. Wenn trotz aller Erschwernisse das Verjüngungsleben wieder in den Wintermonaten stärker wird, können und müssen wir auch diesen Mitgliederverlust überwinden.

Von Familienangehörigen der Einberufenen verzeichnet der Berichtsmontat 20 906 Frauen, 60 mehr als im Vormonat (20 845) und 40 474 Kinder, das sind 320 mehr als im September (40 154). Die Arbeitslosenziffer hat eine kleine Steigerung von 59 auf 63 erfahren. Die für Arbeitslosenunterstützung verausgabte Summe ist um 89,25 Mk. von 196,50 Mk. auf 287,75 Mk. gestiegen. Die Ausgabe für Krankenunterstützung dagegen ist von 11 074,45 Mk. für September um 1468,50 Mk. im Oktober gesunken. Sie beträgt diesmal 9605,80 Mk. Die Sterbeunterstützung hat ebenfalls einen Rückgang von 197,50 Mk. zu verzeichnen. Sie beträgt in diesem Monat 5977,50 Mk. gegen 6175 Mk. im Vormonat. Für Streikunterstützung sind auch in diesem Monat 40 Mk. verausgabt (im September 101,50 Mk.). Insgesamt haben sich die Ausgaben für Unterstützungs-zwecke mit 15 911,05 Mk. um 1638 Mk. gegenüber dem Monat September (17 549,45 Mk.) verringert. Die Zahl unserer Toten ist auf 1881 gestiegen (im September 1824). Anschließend folgt nebensächlich die vergleichende Gesamtaufstellung und am Schluß die Monatsaufstellung für Ende Oktober.

Aufnahmetag	Mitglieder am Schluß des M. u. J. 1914		Mitgliederabnahme	Summ. Mitglieder eingezogen	Angehörige der Eingezogenen		Arbeitslose
	M.	J.			Frauen	Kinder	
15. August 14 . . .	54522	41952	1919	10651	8517	18001	531
31. " . . .	54522	40589	2460	11473	9296	18215	727
15. September . . .	54522	37845	2642	14035	10692	20817	575
30. " . . .	54522	37174	2779	14569	11508	22117	511
15. Oktober . . .	54522	36984	2494	15044	11821	22730	459
31. " . . .	54522	36455	2805	15262	12099	23347	462
30. November . . .	54522	36092	2883	15547	12478	23867	460
31. Dezember . . .	54522	34850	3600	16072	12404	24070	523
31. Januar 15 . . .	54522	34333	3627	16562	12909	24631	423
28. Februar . . .	54522	33385	3461	17476	13576	25975	317
31. März . . .	54522	31831	3395	19296	14796	27893	201
30. April . . .	54522	31046	2968	20508	15721	30598	82
31. Mai . . .	54522	30322	3075	21125	16102	31782	67
30. Juni . . .	54522	29207	3345	21970	16703	32677	72
31. Juli . . .	54522	28682	3041	22799	17294	34034	90
31. August . . .	54522	28300	2745	23477	17808	34979	71
30. September . . .	54522	27844	2634	24044	18137	36900	67
31. Oktober . . .	54522	27349	2657	24516	18600	36607	53
30. November . . .	54522	27184	2361	24977	19017	37483	85
31. Dezember . . .	54522	26605	2518	25404	19294	37759	282
31. Januar 16 . . .	54522	26086	2331	25503	19317	37775	169
29. Februar . . .	54522	27056	1893	25573	19204	38805	158
31. März . . .	54522	26600	1985	25937	19682	37714	158
30. April . . .	54522	26864	1610	26048	19672	37883	74
31. Mai . . .	54522	27021	1228	26273	19788	37992	72
30. Juni . . .	54522	27019	1116	26393	20008	38444	56
31. Juli . . .	54522	26763	1256	26508	20130	38535	72
31. August . . .	54522	26790	944	26788	20389	38596	48
30. September . . .	54522	26190	1025	27307	20845	40154	59
31. Oktober . . .	54522	26192	849	27481	20905	40293	63

## Stand unserer Organisation am 1. November 1916.

Landes Nr.	Gau	Mitgliederzahl am		Mitgliederabnahme	Summ. eingezogen	Angehörige der Eingezogenen		Arbeitslose	Som. 1. bis 31. Oktober 1916 auf Kosten der Hauptkasse ausbezogene Unterstüßungen									
		Schl. des M. u. J. 1914	31. Oktbr. 1916			Frauen	Kinder		an Arbeitslose	an Kranke	in Sterbefällen	an Unterstüßung	Gesamtsumme					
1	Augsburg . . . . .	786	361	138	287	222	429	—	—	—	190	50	90	—	240	50		
2	Berlin . . . . .	9619	4836	1436	6219	4323	7631	20	8	100	50	1672	75	1025	40	2938	25	
3	Brandenburg . . . . .	1022	412	168	442	364	653	—	—	—	—	82	60	—	—	122	—	
4	Bremen . . . . .	2670	1107	263	1300	986	1784	—	—	—	—	286	25	135	—	421	25	
5	Breslau . . . . .	1360	766	266	860	717	1603	8	8	22	—	177	80	—	—	229	—	
6	Cresden . . . . .	3381	1745	82	1554	1273	2253	2	2	28	—	747	65	1095	—	1870	65	
7	Friedland . . . . .	2450	935	346	1178	840	1471	—	—	—	—	208	30	150	—	416	30	
8	Hannover . . . . .	8109	1696	264	1677	1960	2847	—	—	—	—	735	10	420	—	1155	10	
9	Hamburg . . . . .	7075	3276	199	3998	2809	4827	6	8	116	25	1412	50	540	—	2068	75	
10	Hannover . . . . .	1171	526	97	548	456	1022	—	—	—	—	376	80	—	—	406	—	
11	Hannover . . . . .	1162	278	169	715	567	1265	—	—	—	—	148	25	—	—	148	25	
12	Hannover . . . . .	3172	1561	147	1464	1221	2537	1	1	15	—	464	25	860	—	839	25	
13	Hannover . . . . .	1596	835	20	681	578	1195	—	—	—	—	865	—	—	—	365	—	
14	Hannover . . . . .	1490	819	14	666	497	840	—	—	—	—	236	25	—	—	236	25	
15	Hannover . . . . .	3326	1669	128	1529	1101	2306	—	—	—	—	566	50	485	—	1901	50	
16	Hannover . . . . .	3368	2114	108	1146	892	2215	2	2	6	—	976	75	130	—	1012	75	
17	Hannover . . . . .	2618	982	411	1225	1055	2152	—	—	—	—	454	25	480	—	934	25	
18	Hannover . . . . .	1909	590	566	753	650	1451	—	—	—	—	67	75	210	—	277	75	
19	Hannover . . . . .	2908	1448	844	1116	914	1968	—	—	—	—	500	75	787	50	1288	25	
20	Eingezogene . . . . .	312	136	53	123	88	51	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
		54522	26192	849	27481	20905	40474	63	19	287	75	9605	80	5977	50	40	15911	65

### Aus den Stadtparlamenten

**Neukölln.** In der Stadtverordnetenversammlung vom 16. November 1916 wurde der Sekretär unseres Verbandes, Kollege W u h l y , zum Stadtrat gewählt. Wir sind sicher, daß unser Kollege an dieser Stelle — wie all die 17 Jahre, wo er als Stadtverordneter wirkte — die Interessen der Arbeiter, insbesondere auch unserer Kollegen, weiterhin mit Fleiß und Geschick wahrnehmen wird. Darum begrüßen wir diese Wahl als erfreulichen Vorgang und beglückwünschen unseren Kollegen W u h l y zu dem ihm übertragenen Ehrenamt.

### Kriegs-Teuerungszulage.

**Gießen.** Einstimmig genehmigte die Stadtverordnetenversammlung eine weitere Erhöhung der Teuerungszulagen für

städtische Angestellte und Arbeiter. Voran betragen die Teuerungszulagen zusammen ab 1. September 1916 bei Familien mit 1 bis 2 Kindern monatlich 23 Mk., mit 3 bis 4 Kindern 30 Mk. und mit fünf und mehr Kindern 38 Mk.

**Saale a. S.** Der Soziale Ausschuß beschloß, die Teuerungszulagen für städtische Arbeiter und Beamte zu erhöhen, und zwar in der Weise, daß für Angestellte ohne Kinder die Zulage von 8 auf 10 Mk. monatlich, für jedes Kind von 4 auf 5 Mk. monatlich und für die Arbeiter von 90 Pf. auf 1,20 Mk. wesentlich für jedes Kind erhöht wird. Die Gehaltsgrenze auf die zu zahlende Teuerungszulage wurde von 3000 auf 3600 Mk. erhöht.

**Jena.** In der Stadtverordnetenversammlung vom 9. November 1916 wurde nach eingehender Debatte beschlossen, 10 Mk. bei ledigen (Gehaltsgrenze 2200 Mk. Einkommen), 15 Mk. bei Verheirateten (Gehaltsgrenze 3500 Mk. Einkommen) und 5 Mk. für jedes Kind Teuerungszulage zu bewilligen. Die weitergehenden Anträge des Finanzdirektors, Beamten mit einem Einkommen von über 3500

Merk wenigstens die Kinderzulage zu gewähren und den Gemeindevorstand zu berechtigen, in besonderen Fällen die Feuerungszulage auch Beamten mit höheren Einkommen zu gewähren, kamen noch nicht zur Abstimmung, weil sich der Gesamtgemeindevorstand erst noch damit beschäftigen will. — Für die Liebesgaben der im Felde stehenden Beamten der Stadt wurde beantragt, 650 Mk. zu bewilligen. Persönlich regte er die weitere Bewilligung von 800 Mk. an, um auch den im Felde stehenden städtischen Arbeitern eine Liebesgabe zukommen zu lassen. Außer den 650 Mk. werden auf Antrag Weber (Soz.) bis zu 1000 Mk. für letzteren Zweck bewilligt.

### Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Leipzig. Die „Leipz. N. N.“ vom 16. November 1918 schreiben: „Militärrente und Arbeitslohn. Der Rat hat beschlossen, den in den städtischen Betrieben beschäftigten Angestellten und Arbeitern die Militärrente weder ganz noch teilweise auf den Lohn anzurechnen. Die Nichtanrechnung ist vom Rate von vornherein vorgegeben worden. Andere maßgebende Stellen waren aber der Meinung, es müsse bei der Festsetzung des Lohnes auf die Militärrente Rücksicht genommen werden. Der nötigen einheitlichen Sandbarung wegen hatte der Rat seinerzeit die Anrechnung zwar beschlossen, aber zugleich in Aussicht genommen, von der Anrechnung abzusehen, sobald andere Behörden die Rente gleichfalls nicht mehr bei der Lohnfestsetzung in Rücksicht ziehen würden. Inzwischen hat die Ansicht, daß die Militärrente bei der Berechnung des Arbeitslohnes nicht in Ansatz gebracht werden darf, sich auch in weiteren Kreisen Geltung verschafft. Deshalb konnte auch der Rat die von ihm von vornherein für richtig gehaltene Nichtanrechnung der Rente durchführen; die Festsetzung der Löhne der in den städtischen Dienst eingestellten Militärrentenbezieher erfolgt allenthalben nach dem Grade ihrer Leistungsfähigkeit. — Damit ist ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Praxis erzielt. Es fehlt aber ein entscheidender Punkt unserer Grundzüge, die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft zur Regelung der Einzelverhältnisse usw.“

### Notizen für Gasarbeiter

Weibliche Gasanstaltslehrlinge in Hannover. Um dem bestehenden Mangel an Hilfsheizerinnen und Hilfsmaschinen abzuwehren, sind theoretische Unterrichtskurse für Frauen bei dem Dampfesselüberwachungsverein in Hannover eingerichtet, aus dem nach zweimonatiger Dauer die Frauen in die Werke geschickt werden sollen, um dort praktisch weiterzulernen und zu arbeiten. Bei der Gasanstalt in Hannover ist ein Lehrkursus zur Ausbildung weiblicher Hilfsarbeiter für Gasbetriebe eingerichtet, da bei dem jetzigen Personalmangel die Verwendung von Gas zum Kochen und Leuchten immer wichtiger wird. — Nach dieser Zeitungsnachricht, deren Begründung im zweiten Falle komisch anmutet, werden die Frauen nun auch einem der schwersten Berufe zugeführt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß sie den Anforderungen desselben gewachsen sind, so daß sie im Interesse der Volksgesundheit so schnell als möglich daraus wieder entfernt werden müssen.

### Aus unserer Bewegung

Erfurt. Die Notiz in Nr. 44 der „Gewerkschaft“ über die bewilligten Teuerungszulagen bedarf insofern einer ergänzenden Beachtung, als die bewilligten Zulagen leider nicht so hoch sind, als uns seinerzeit berichtet wurde. Bewilligt sind folgende Sätze: Ledige Arbeiter erhalten nichts; verheiratete ohne Kinder monatlich 6 Mk., mit einem Kind 10 Mk., mit zwei Kindern 12 Mk., mit drei Kindern 16 Mk.; für jedes weitere Kind werden monatlich 4 Mk. gezahlt. Die bewilligten Zulagen sind also nur halb so hoch als uns zuerst berichtet wurde und darum können wir auch das Lob, das wir der Stadtverwaltung indirekt spendet haben, nicht aufrechterhalten, denn diese Zulagen lassen noch sehr viel zu wünschen übrig.

Währing. Unsere Filiale hielt am 12. November ihre Quartalsversammlung ab. Sie erfreute sich eines recht guten Besuchs. Möge die Vohlt referierte über: „Die gewerkschaftliche Tätigkeit während des Krieges“. Medner wies auf die gewerkschaftliche Entwicklung hin. Ganz besonders sei die gegenwärtige Zeit hervorzuheben, die mehr denn je den richtigen Wert und die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zeigt. Medner wies auf die Erfolge hin, die während des Krieges nur auf das energische Eintreten der Organisationen zurückzuführen sind. Ein weiterer Ausbau der Organisation auch während des Krieges ist Pflicht eines jeden Mitgliedes. Besonders in der Arbeiter nach der Krise auf eine starke Organisation angewiesen. — In der Diskussion stimmten sämtliche Medner diesen Ausführungen zu und gelobten, alles daranzusetzen, den letzten Mann der Organisation zuzuführen.

### Rundschau

An das Talent. Es geht heute keine Versammlung, keiner der üblichen Ausschüsse, die sich mit dem neuen Friedensleben befaßt haben, auseinander, ohne daß der Ruf erklingen ist: Freie Bahn für das Talent! Aber wir hören dann immer nur den Ruf; von den Veränderungen unserer Lebensordnung, die vor sich gehen müssen, damit der Gedanke praktisch verwirklicht werden kann, spricht man nicht. Und das ist auch nur zu verständlich, denn dazu wäre eine vollständige Neuorganisation des Lebens notwendig und die wollen wir. Die heutige Welt wird vom Gelde beherrscht. Geld gibt Macht, ermöglicht Bildung und damit das Erreichen einer erhöhten Lebensstellung. Die dazu erforderlichen Examina kann meist auch der Minderbegabte bestehen; er verwendet eben etwas mehr Zeit für die Vorbereitung, wenn er nur das nötige Geld hat. Darum würde heute das Talent, selbst wenn ihm freie Bahn gegeben wäre, doch nicht ungehindert seinen Weg gehen können, da ihm immer und überall der Minderbegabte ein unnatürlicher Konkurrent sein würde. Soll darum die Idee „Freie Bahn für das Talent“ wirklich der leidende Geist des Lebens sein, so muß neben ihm zum Durchbruch kommen der Gedanke „Nieder mit der Dummheit!“ Nicht darf ein Dummer, nicht ein mäßiger Kopf auf einem Posten stehen, der Fähigkeiten voraussetzt. Jeder hat die Lebensarbeit zu vollbringen, für die ihn die natürliche Veranlagung bestimmt hat. Ist das aber der Geist, der all jene beratenden „Reformer“ erfüllt? Hat schon einer jener Beschüßler und Förderer des Talents sich gegen die Dummheit gewandt? Wie werden sie! Damit bräde ja ihr ganzes Gebilde der Weltwirtschaft zusammen. Und darum gehören auch Schwere befähigter Männer und Frauen, die heute abwärts vom produktiven Leben geistig und seelisch schmachten, in unsere Reihen. Bei uns können sie sich schon heute entfalten und ihren lebendigen, drängenden Geist verwerten zum Kampfe aus diesem Chaos von heute zu einer neuen harmonischen Zukunftswelt.

Ginsburgs Aufruf kann, so schreibt uns der Kriegsausschuß für Konjunkturinteressen, trotz der Interpretationsversuche der „Deutschen Tageszeitung“ nur als Zeichen für den Zusammenbruch der jetzigen Methode behördlicher Maßregelhaft gegenüber den Interessenten und des aufreißenden Sentens der Unterepreise gedeutet werden. Der Nationalheld verlässt statt der bisherigen Erwägungen über die ewigen Verdienste und Schweregeleiteten Stärke und Entschlußkraft der maßgebenden Stellen. Diese Eigenschaften sind gerade im Augenblick besonders vornehm, wo man wieder einmal davon geht, die von einseitig landwirtschaftlicher Seite bestrittene, tatsächlich aber, auch nach Ginsburgs Worten, unüberwindbare ungenügende Festabstimmung durch eine Erhöhung des schon übermäßig hohen Futterpreises zu verbessern. Das hätte keinen Zweck, wenn man nicht von der Landwirtschaft überzeugt wäre. Auch den Forderungen der nimmermüden Futterinteressenten nach Heranzückung des Rohzuckerpreises von 15 auf 25 Mk. (im Frieden 0,50 Mk.) droht mindestens teilweise nachgegeben zu werden. Statt dessen sollte ein derartig volkserhöhendes Anstreben mit einer kräftigen Herabziehung des Zuckerrubens und vor allem des jetzt treibenden Futterrübenpreises von 1,80 Mk. (im Frieden 60 Pf.) im Sinne des Generalisefomarischalls mit Stärke und Entschlußkraft beantwortet werden. Der Appell Ginsburgs wird in den Kreisen der Verbraucher, die bisher schon einen furor teutonius in Entjagen, Leid und unmenslicher Geduld im Interesse unseres Durchhaltens gezeigt haben, als ein hersehendes Zeichen dafür angesehen, daß jetzt endlich auch die Weiber von Fling und Schraubstock das Ende der Kriegswirtschaft und den Anfang von Kriegsoperieren spüren werden. Die berufenen Führer der Landwirtschaft und des Handels, die bisher mehr Schweregeleiteten und Vermittlungen ihrer Kreise entziehen ließen als befristigten, werden hierbei ein ungeheures Stück Erziehungsarbeit zu leisten haben.

Die Schraube ohne Ende. Immer noch fordern landwirtschaftliche Kreise die Erhöhung der Preise für ihre Produkte, obwohl diese schon hundert und mehr Prozent über den Friedenspreisen stehen. Sie begründen es immer mit dem Hinweis auf ein anderes Produkt. Ohne Preisverhöhung drohe das billigere Erzeugnis zu verschwinden, verfaulend oder nicht mehr angebaut zu werden. Das aber eine Schraube ohne Ende ist, sei nur an einigen Beispielen gezeigt. Jetzt wird wieder eine wesentliche Erhöhung des Zuckerrübenpreises gefordert. 2 bis 3 Mk. seien nicht zu hoch, angesichts der Tatsache, daß die Kartoffel, die von der Zuckerrübe an Nährwert fast erreicht wird, nur 4 Mk. und höher bezahlt wird. Wird der Zuckerrübenpreis erhöht, dann argumentiert man wieder umgekehrt: Es sei rentabel, Futterrüben anzubauen, oder aber erzwänge der Preis für Kartoffeln erhöht werden müsse, im selben Ansturm. — Erst verlangt man höhere Kartoffelpreise, damit sie nicht als Güter verhandelt, sondern die Landwirte „anreizt“ wer-

den, die Kartoffel zu verkaufen. Dann werden höhere Schweinepreise verlangt, weil man doch die „teueren starkoffeln“ als Futter verwenden muß usw. — Erst werden die Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben, wodurch Saat- und Bodenpreise steigen, dann dürfen Lebensmittelpreise nicht heruntergehen, weil sonst die Pächter und Pflüger Schaden haben usw. — Erst fordert man hohe Obstpreise, weil Obst als nächster Ersatz zum trockenen Brot gegessen werden kann, dann fordert man hohe Marmeladenpreise, weil doch das Obst so teuer ist usw. — Man fordert hohe Viehpreise, weil die Futtermittel so hoch sind. Dann verlangt man hohe Milchpreise, weil das Vieh so teuer ist. Dann wieder muß man hohe Butter- und Käsepreise haben, weil die Milch so wertvoll ist, und so geht es weiter. Kann man nicht einsehen, daß bei dieser Preispolitik ein Keil den anderen treibt? Weßhalb kann man nicht umgekehrt verfahren, indem man statt Preisabschläge Preisabschläge eintreten läßt; kann könnten die Produzenten nicht mehr auf die teureren Produkte verweisen. Der Anfang ist ja bereits vom Kriegsernährungsamt gemacht worden. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen fordert aber mit Recht weitere Preisoberbahrungen. Es können aber auch andere Mittel angewandt werden, um die Landwirte zu bewegen, Produkte anzupflanzen, die etwas weniger hohen Gewinn einbringen. Vorschläge wurden schon viel gemacht, man muß, wie es Stadenburg soeben mit Recht verlangt, nur seit zugreifen und etwas mehr Rücksicht auf die minderbemittelten Konsumenten nehmen!

**Mietsteigerungen nach dem Kriege.** Ein Miß in die Presse der Hausbesitzerverbände läßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß nach dem Kriege auch die Befriedigung des Wohnbedürfnisses sowohl durch Hausbau als durch Miete mit erhöhten Kosten verbunden werden soll. Zur Lebensmittelerzeugung kommt die Wohnungs- und Mietelerzeugung — ein neues, wichtiges Gebiet für die Arbeit des organisierten Konsumenteninteresses. Um so wichtiger, als sich gesteigerte Wohnungspreise sofort in gesteigerte Lohnforderungen und gesteigerte Weiterverarbeitungspreise der ganzen Gütererzeugung umsetzen. Wie die Dinge liegen, muß eine Verteuerung der städtischen Wohnungspreise in gewissem Umfang unvermeidlich eintreten. Wir haben es dahin kommen lassen, daß die Mietschere sich in unseren Großstädten immer weiter ausbreitet. Ein großes Mietscherehaus aber kann der Mann aus dem Mittelstande, der aus Geschäftsgründen oder als Kapitalanlage Immobiliararbeit erwirbt, aus eigenen Mitteln allein weder bauen noch kaufen. In beiden Fällen zieht er gegen Hypothekerkapital heran. Nun kommt die infolge des Krieges und der Kriegsanleihen eingetretene Erhöhung des Zinsfußes und ergreift auch das Hypothekerkapital. Der Hausbesitzer, der künftig mehr Zinsen für seine Hypotheken zahlen muß, sieht sich um seiner nicht weniger als beneidenswerten Existenz willen genötigt, aus seinem Hause einen höheren Ertrag herauszuwirtschaften und die Mieten zu steigern. Es sind, was hier in Frage steht, Folgen von Zuständen, die zwar keineswegs unausweichlich wie ein Naturereignis über uns kamen, denen wir vielmehr durch eine rechtzeitige Aenderung unseres Bodenrechts und durch grundlegende Bodenreform hätten vorbeugen können; nachdem aber dieses Vorbeugen unterblieben ist, können wir uns den Folgen dieser Unterlassung nicht von heute auf morgen entziehen. Damit ist allerdings noch lange nicht gesagt, daß wir der Preissteigerung auf dem Wohnungsmarkt ganz talentlos zusehen sollten. Läßt sich die Entwicklung selbst auch nicht ganz aufhalten, so läßt sie sich doch bremsen und in ihrem Tempo sowohl als in der Höhe der Mietsteigerungen mäßigen. Solche Bremsmaßnahmen erscheinen von vornherein um so aussichtsvoller, je mehr sie das Uebel an der Wurzel zu fassen suchen, und je mehr sie sich dem einzelnen Fall anpassen können. Deshalb werden Höchstpreise für Mietwohnungen immer etwas Mißliches behalten und nur für den Fall äußerster Not als erste, rasch wirkende Hilfsmaßregel von vorübergehender Dauer ins Auge gefaßt werden können. Aus-sichtsvoller wäre ein Verbot, den Zinsfuß früher gegebener Hypotheken unmittelbar nach dem Kriege zu erhöhen. Denn in dem Umfang, in dem sich dieses Verbot durchsetzen läßt, entfällt für den Hausbesitzer der Zwang, aus seinem Hause einen höheren Ertrag herauszuwirtschaften und die Mieten zu erhöhen. Bei den öffentlichen Sparplänen der Städte, Kreise usw. darf es wohl als selbstverständlich gelten, daß der Zinsfuß für die hypothekarisch angelegten Gelder nicht erhöht wird. Es wäre ja ein vollendeter Widerspruch, wenn Gelder, die doch zum größten Teil aus dem Ertrage der Konsumenten stammen, unmittelbar dazu dienen sollten, den Sparern selbst die Wohnungen zu verteuern. Auch für die privaten Hypothekendarlehen bedeutet diese Forderung kein allzu schweres Opfer. Denn sie haben ja das Geld für die hier in Frage stehenden Hypotheken längst beschafft und denken, auch wenn sie den Zinsfuß nachträglich heraufsetzen, nicht daran, den Zinsfuß ihrer alten Pfandbriefe eine höhere Verzinsung oder einen anderen Kurs zu sichern. Durch all das kann man aber nur auf den Preis der von früher her schon vorhandenen Wohnungen einwirken. Eine Verteuerung des Baugeldes für neue Wohnungen wird daher nicht zu erwarten sein. In diesem Zweck ist eine lebhafteste Forderung der gewerkschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbauvereine sowie der Arbeiterbewegung durch Staat

und Reich im Interesse der Konsumenten unerlässlich. Besonders die Hilfe des Reiches wird nicht entbehrt werden können, weil nach dem Kriege nur das Reich sich Geld in dem hier nötigen Umfang beschaffen können. Darin beruht die allgemeine Bedeutung eines Reichsgesetzes über Kriegerheimstätten, wie es der Berliner „Hauptauschuß für Kriegerheimstätten“ erstrebt, für alle Wohnungskonsumenten. Eine zweite, davon unabhängige Forderung ist, daß die im Kriege so trefflich bewährten Miet- und Hypothekeneinigungsämter im Interesse der Konsumenten auch nach dem Kriege beibehalten und mit der Befugnis, rechtskräftig zu entscheiden, ausgestattet werden. Dann ist eine Instanz vorhanden, vor welcher jeder strittige Fall von Mietsteigerung unter Berücksichtigung seiner individuellen Besonderheiten verhandelt und entschieden werden kann. Dann können auch Gelüste auf zu weitgehende Mietsteigerung auf das unvermeidliche Maß zurückgeführt werden. Wie weit die Erfüllung dieser auf dem rechtlichen Gebiet liegenden Forderungen zugleich auch der großen Masse der Mieter die tatsächliche Macht verschafft, so daß nicht die Hausbesitzer durch den Umstand, daß sie die Wohnungen haben, welche die andere Partei braucht, die rechtlichen Maßnahmen unwirksam machen können, das ist eine andere Frage. Bei der Antwort darauf wird man an der Organisation und dem Zusammenwirken auf Grund der gemeinsamen Interessen nicht vorbeugen können. Und selbstverständlich scheint uns auch die Lehre aus diesen Verhältnissen zu sein, daß die Wohnungskonsumenten, die Mieter, das in der Vergangenheit Versäumte möglichst rasch nachholen, und die Forderung auf grundsätzliche Aenderung unseres verhängnisvollen Bodenrechts, die Forderungen der Bodenreform einmütig nach Kräften unterstützen.

**Deutschland — das Land der Sparrer.** Von der letzten Kriegsanleihe wurden über 2½ Milliarden Mark von den Sparplänen und ihren Einlegern gezeichnet, gegen 6081,5 Millionen, genau 2567,5 Millionen Mark mehr, die von den Banken und Banquiers kamen. Daraus schon ergibt sich die große Bedeutung der deutschen Sparpläne für die Kapitalbildung. Deutschland marschiert mit seinen Sparplänen aber auch an der Spitze aller Großstaaten, und wird unter allen Staaten der Erde nur von der Schweiz und von Dänemark verhältnismäßig übertroufen. Die folgende Tabelle, die Dr. Max Seidel und Dr. Johannes Feigner in einer eben erschienenen Arbeit über das Sparplänenwesen (Wien 1916) nach den Originalquellen zusammengestellt haben, zeigt den Stand des Sparplänenwesens im Jahre 1910, wobei zu berücksichtigen ist, daß bei Oesterreich-Ungarn, Italien, Frankreich, Großbritannien und Japan die Postspargassen mitgezählt sind, die Deutschland nicht kennt.

	Jahr der Sparbücher	Einlagen Mill. Mk.	Einlagen pro Kopf (Mk.)	Ein Buch kommt auf
				100 Einwohner
Deutschland . . .	21 534 034	16 781	259	778
Oesterreich . . .	6 467 811	5 334	187	825
Ungarn . . .	1 925 221	1 834	90	978
Italien . . .	7 704 917	8 873	97	438
Frankreich . . .	14 068 035	4 571	116	325
Großbritannien . .	18 659 636	4 518	98	335
Rußland . . .	7 449 311	8 020	21	405
Ver. Staaten . . .	9 142 906	17 088	186	1869
Japan . . .	18 770 244	663	13	85

Der Wohlstand der Bevölkerung läßt sich aus diesen Zahlen allerdings nicht ermaßen. Die Sparfähigkeit ist vielfach verknüpft mit einer niederen Lebensweise. In Japan gibt es fast ebensoviel Sparplänenbücher wie in Deutschland, und die Zahl der Sparrer ist sogar relativ höher als in irgend einem anderen der oben genannten Länder. Auf 27 Einwohner kommt in Japan ein Sparplänenbuch, in Deutschland auf 3, in den Vereinigten Staaten auf 11. Aber in Amerika kommen auf ein Sparplänenbuch 1869 Mk., in Japan nur 85 Mk., in Deutschland 778 Mk. Und die gesamten Sparplänen betragen in Japan nur 662,7 Millionen Mark gegen 16,8 Milliarden Mark in Deutschland. Der Geldwert, die Struktur des Landes, die Lebensgewohnheiten, die Produktionsweise, die Organisation des Sparplänenwesens haben einen großen Einfluß auf den Stand des Sparwesens. Auch kommt es sehr auf die Weisheit der Sparplänen selbst an. Es ist ein großer Unterschied, ob Sparplänen Einlagen bis 1000 oder bis 6000 Mk. oder in unbegrenzter Höhe zulassen, ob auf eine Familie oder Person mehrere Sparplänenbücher zulässig sind oder nicht usw. Jedenfalls aber scheint die internationale Uebersicht zu zeigen, daß das Sparplänenwesen in Deutschland am besten organisiert ist, wenigstens am besten von allen Großstaaten. In den kleineren Ländern ist das Sparplänenwesen zum Teil auch sehr gut entwickelt, am besten überhaupt in der Schweiz, wo schon ein Sparplänenbuch auf 1,9 Einwohner kommt und die Einlagen pro Kopf 356 Mk. betragen gegen 259 Mk. in Deutschland. Auch in Dänemark kommt schon ein Sparplänenbuch auf 2 Einwohner, und auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 328 Mk. Sparplänen. Seit 1910 hat das Sparplänenwesen in Deutschland aber auch weiterhin eine stark Entwicklung genommen. Die Zahl der Sparplänen war im Jahre 1913 schon von 3072 auf 3133 gestiegen, die der Sparbücher auf 23 872 und die Einlagen auf 19 689 Millionen Mark.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Notizkalender für Gemeinde- und Staatsarbeiter. 1917. Selbstverlag des Verbandes. Preis 1 Mk., für Mitglieder 60 Pf.

In freundlich-dunkelrotem Gewände ist diesmal unser Notizkalender erschienen. In diesen Tagen wird er in allen Filialen zur Ausgabe gelangen. Infolge der durch die Teuerungszulagen usw. völlig geänderten Situation sind diesmal die Lohntabellen weggeblieben. Dafür sind die Beihilfen an die Kriegsteilnehmerfamilien auf 14 Seiten tabellarisch zusammengestellt, ebenso die Teuerungszulagen auf 18 Tabellenseiten. Dieses ungewöhnlich reichhaltige Material allein macht den Kalender schon besonders wertvoll. Darüber hinaus sind neben den üblichen und neu ergänzten Zusammenstellungen eine Fülle belehrender und wertvoller Abhandlungen auf kleinem Raum gebracht, die das Buchlein zu einem wertvollen Nachschlagewerk machen, das man jederzeit zur Hand haben muß. Aus dem reichen Inhalt seien noch erwähnt: Das Programm unseres Verbandes (besonders für neue Mitglieder beachtenswert!), ferner „Die Kriegsarbeit unserer Verbände“ sowie der Geschichtskalender und ein treffliches Geleitwort unseres Vorjahren, Kollegen Hedmann, der zurzeit im Felde steht. Der allgemeine Teil bringt u. a. Artikel über „Die freien Gewerkschaften während der Kriegszeit“, eine gründliche Arbeit von R. Bissell über „Arbeiterversicherung und Krieg“, ferner Artikel über „Die Organisation der Konsumenten“, „Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung“ sowie über „Einfamilienhaus und Wohnungseinrichtung für Arbeiter“. Für die Kollegen des Pflege- und Badefachs sind wieder besondere Darstellungen angegliedert: über „Anzeichen der Krankheiten“ sowie „Medizinische Nachdrucke“, die aber auch für die übrigen Leser erhebliche Bedeutung haben.

Wir erwarten von allen Verbandsmitgliedern, denen unsere Verbandsarbeit wirklich am Herzen liegt, daß sie nun unverzüglich unseren Verbandskalender bei Ihren Filialen bestellen.

Die schon im Vorjahre möchten wir gleichfalls anraten, unseren Notizkalender möglichst zahlreich ins Feld zu schicken. Wer einen Freund und Kollegen draußen hat, der kann ihm eine große Freude mit dieser Feldpost-Weihnachtsgabe machen. Ein treffliches Buchlein für den täglichen Gebrauch, ein wertvolles Informationsmaterial über unseren Verband, eine Quelle allgemeiner Belehrung — das ist unser Notizkalender 1917.

Das gigantische Ringen an der Westfront erfordert für den Verlauf der Ereignisse ein Kartenmaterial im großen Maßstab. Der Geo-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 3., bringt zu diesem Zwecke einen Atlas unter dem Titel „Sonderkarte der Westfront“ heraus, der 5 Karten im Maßstab 1:250 000 enthält. Die Blätter sind klar gehalten und zeigen in hingemäßer Aufteilung das Gebiet von Ostende im Norden bis zur Schweizer Grenze im Süden. Die Karten sind farbig gedruckt. Der handlich gebundene Atlas wiegt nur 120 Gramm und kann zu dem billigen Preise von 1 Mk. empfohlen werden.

„Die Glode“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 34 enthält u. a. folgende Artikel: Ernst Heilmann: Die eine große Firma Deutschland! Dr. Paul Lensch, M. d. R.: Polen und der Krieg. W. Beer: Die amerikanische Präsidentschaftswahl. J. Meerfeld: Das Zentrum rüht! Paul Umbreit: Staatssozialismus oder Verzuweilungspolitik! Anton Breidenbeck: Sollen wir die Verstaatlichung der Bergwerke fordern? Edgar Zeiger: Die Monade. Glöfen. — Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

„Arbeiter-Jugend.“ Die soeben erschienene Nr. 24 des achten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Neues Leben blüht aus den Ruinen! — Kriegsgedächtnis eines Tageingeborenen. Von E. Lessen. — Aus kampftrüber Zeit. — Die Kontinentalperre. Von Ernst Däumig. — Neues von der Polarforschung. (Mit Abbildungen.) — Im Herbst. Gedicht von Max Warthel. — Das Kriegskind. Von F. Müller. Die österreichische Jugendorganisation während des Krieges. — Aus der Jugendbewegung.

Hindenburgs Brief.

Die Nahrung bleibt von A bis Z für Mensch und Kraft bedenkungslos: Der Arbeitmann verlangt sein Fett.

Wenn er das Häckchen leisten soll. Zwar ist sein opferwilliger Geist vom allerbesten Schlage: Doch wie man die Maschine speist, fällt gleichfalls in die Regel.

Wenn ihm der Hungerstiefel droht, wird seine Kraft getrieben — Der Maschinist wirft: „Hier tut es not!“

Er sagt die Meinung offen.

Die Kiemer mahnt er ernst zur Pflicht, Die Stände nimmt er ins Gebet — Der Landmann, schreibt er, ahnt noch nicht,

Daß es um Kopf und Krage geht.

Ja, wo des Nebels Ursprung liegt, Er hat es scharf begriffen. Nun wird nicht mehr der Mund geipelt,

Rein, hoffentlich geipfien. Es rühren sich mit Markschmuck Die deutschen Heimatskrieger —

Hell hallt's vom Aker zur Kaserne: „An die Gewehre!“ Gottlieb

Soeben ist erschienen:

Notiz-Kalender für Gemeinde- und Staatsarbeiter

1917

Preis 1 Mark, für Mitglieder 60 Pfennig

Aus dem Inhalt:

Geleitwort. Vom Verbandsvorsitzenden Richard Heckmann — Die Kriegsarbeit des Verbandes — Tabellen über Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen — Arbeiterversicherung und Krieg usw.

Bestellungen müssen schnellstens bei den Vorständen der Filialen bewirkt werden. Einzelmitglieder können den Kalender direkt vom Verbandsbureau, Berlin W. 57, Winterfeldtstraße 24, beziehen. Der Verbandsvorstand.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Die deutschen Arbeitsnachweise im gegenwärtigen Kriege und ihre künftige Gestaltung. Eine aktuelle Prognose ist soeben auf dem Büchermarkt erschienen und durch den Verfasser Dr. rer. pol. B. Cerselius, Berlin-Steglitz, Duppelstr. 23, zum Preise von 2,50 Mk. portofrei zu beziehen.

Im 1. Abschnitt wird als neue, den bevorstehenden Regierungen als ein nationales Gut dargestellt, an dessen Schutze und Verwertung die Gesamtheit des Volkes interessiert ist. Der 2. Abschnitt bringt in gedrängter Form einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der verschiedenen Arbeitsnachweisgruppen bis zum Ausbruch des Krieges. Der 3. Abschnitt schildert ausführlich die staatlichen Maßnahmen im Arbeitsnachweiswesen während des Krieges und gibt eine statistische Zusammenstellung, aus der die Entwicklung der Arbeitsnachweise während dieser Zeit ersichtlich wird. Der 4. Teil handelt von der künftigen Gestaltung des Arbeitsnachweiswesens, wie sie vom Reichstag gefordert ist, und zeichnet im großen Umriß die vom Verfasser gedachte Gestalt des Arbeitsnachweises, dessen Aufgabe die richtige und reifliche Verwertung der ganzen im Volke vorhandenen Arbeitskraft sein muß.

Totenliste des Verbandes.

Emil Banmgart, Berlin

† 14. 11. 16. 67 Jahre alt.

Karl Adler, Dresden

† 16. 11. 16. 64 Jahre alt.

August Kerkin, Lodenwalde

† 15. 11. 16. 83 Jahre alt.

Luise Reimann, Berlin

† 7. 11. 16. 71 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

Heinrich Cohrs, Lehe

am 15. November 1916 im Alter von 36 Jahren gefallen.

Paul Kauter, Breslau

am 11. Juli 1916 im Alter von 40 Jahren gefallen.

H. A. Klein, Leipzig

am 3. November 1916 im Alter von 44 Jahren gefallen.

P. Lämmchen, Wilmersdorf

am 26. September 1916 im Alter von 45 Jahren gefallen.

Karl Lipp, Stuttgart

am 24. August 1914 im Alter von 23 Jahren gefallen.

W. Richter, Charlottenburg

am 31. Oktober 1916 im Alter von 32 Jahren gefallen.

Walter Strecker, Mannheim

am 1. August 1916 im Alter von 30 Jahren gefallen.

Gustav Veit, Tauscha

im Alter von 22 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!